

Die Folgen für die Schulen zeigen sich heute in aller Härte:

» Die 1997 verschlechterten Arbeitsbedingungen wirken tatsächlich „nachhaltig“: Immer weniger junge Menschen entschieden sich in den Folgejahren zum Studium des Lehrer\*innenberufes

» An der Uni Bremen wurden Studiengänge geschlossen, die heute dringend benötigt werden z.B. Sport, Sonderpädagogik und Arbeitslehre

» 20 Jahre später wird die inhaltlich richtige Idee einer Schulreform, die Inklusion, faktisch ad absurdum geführt: Lehrkräfte für bestimmte Fachbereiche sind kaum zu bekommen; insgesamt fehlen Pädagog\*innen an den Schulen des Landes

» Für neue Lehrkräfte ist Bremen immer weniger attraktiv, u. a. bei der Anwerbung neuer Lehrkräfte ist Bremen nicht konkurrenzfähig genug, u. a. durch die hohe Zahl an Unterrichtsstunden, gekoppelt mit immer anspruchsvolleren Anforderungen an Pädagoginnen und Pädagogen.

Damit das notwendige gemeinsame Lernen eine Chance hat und die Kolleg\*innen die Aufgaben bewältigen und damit „Bildung! Weiter denken!“ können, muss die Unterrichtsverpflichtung bei vollem Lohnausgleich wieder gesenkt werden!



Aktion in der Bildungsbehörde

## // VERANSTALTUNGSHINWEISE //

### **Bildungsurlaub für Pädagogische Mitarbeiter\*innen in der Schulinteressenvertretung**

30.03.2017, 09:00 - 16:00 Uhr  
DGB-Haus Bremen  
kostenlos für GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder 15 €)

### **Fachtag Flucht, Migration, Rechtspopulismus und die Schwierigkeit über Rassismus zu sprechen**

28.03.2017, 09:30 - 17:30 Uhr  
DGB Haus Bremen

### **Wege in die Pension - Veranstaltung für Beamte**

27.04.2017, 16:00 - 18:00 Uhr  
DGB-Haus Bremen  
Anmeldung bis Donnerstag, 13. April

### **1. Mai GEW Frühstück Lust auf GEW - Lust auf Frühstück**

01.05.2017, 09:00 Uhr  
Bürgerhaus Weserterrassen  
Unkostenbeitrag 2,00 Euro für Mitglieder,  
7,50 Euro für Nichtmitglieder  
Anmeldung bis Montag, 24. April

### **Senkrechtstart für Referendar\*innen**

06.05.2017, 10:00 - 17:00 Uhr  
DGB Haus Bremen

Weitere Informationen und die Anmeldung zu den Seminaren sowie weitere Termine von GEW-Arbeitskreisen, Veranstaltungen und Seminaren gibt's im Internet: [www.gew-hb.de](http://www.gew-hb.de)



## StadtverbandsInfo

// März 2017 //

### // TARIFVERHANDLUNGEN ÖFFENTLICHER DIENST //

## Danke für Euren Einsatz!

### Was haben wir erreicht? Was müssen wir noch erreichen?

Der Tarifabschluss für die angestellten Landesbeschäftigten ist unter Dach und Fach: Rückwirkend zum Januar 2017 gibt es zwei Prozent mehr Gehalt, bzw. mindestens 75 € bis Entgeltgruppe 9, Stufe 3 als Sozialkomponente. Zum Januar 2018 steigen die Gehälter um 2,35 Prozent. Dazu wurden weitere Strukturelemente vereinbart:

**Pädagogische Fachkräfte** im Schulbereich in der Stadtgemeinde Bremen erhalten, wenn sie in der Entgeltgruppe (EG) 8 eingruppiert sind, eine Zulage von 80 Euro, die extra ausgewiesen wird und nicht in die Gehaltstabelle mit einfließt. **Schulsozialarbeiter\*innen** in der EG 9 erhalten eine Zulage von 100 Euro.

Dies sind quasi „Übergangszulagen“, bis eine Weiterentwicklung der Entgeltordnung in der nächsten Tarifrunde vereinbart wird. Eine entsprechende „Prozessvereinbarung“ ist Bestandteil des Tarifergebnisses. Mit den Zulagen im SuE-Bereich soll eine Annäherung an die Werte im kommunalen Bereich erzielt werden, eine komplette Übernahme („Aufwertung jetzt!“) war noch nicht möglich. Aber auch die „Weiterentwicklung“ wird kein Selbstläufer sein.

Und 2018 kommt in zwei Schritten die **Entgeltstufe 6** in den EG 9 bis 15! Zum Januar gibt es eine Stufe 6, deren Tabellenwerte zunächst um 1,5 Prozent, ab Oktober dann genau drei Prozent über denen der Stufe 5 liegen.

Wer es genauer wissen will:  
[www.gew.de/troed2017/fragen-und-antworten](http://www.gew.de/troed2017/fragen-und-antworten)

Für die Verbesserungen bei der **Lehrkräfte-Eingruppierung** wird die GEW künftig als Tarifvertragspartei kämpfen. Wir haben „L-EGO“ (**Lehrkräfte-Entgeltordnung**) unterschrieben. **L-EGO** heißt jetzt TV EntgO-L (Tarifvertrag zur Entgeltordnung für Lehrkräfte). Unsere Unterschrift müssen wir wohl erklären, haben wir doch noch vor zwei Jahren dieses Machwerk als unannehmbar bezeichnet

und den Beamtenbund (dbb) als alleinigen Unterzeichner des Verrats bezichtigt. Was hat sich in den zwei Jahren geändert, dass eine Unterschrift zur realen Option wurde? Zum einen die Laufzeit: Sie endet immer noch Ende 2018, bis dahin sind es nur noch knapp zwei Jahre und nicht mehr vier, in denen wir nun aber für Verbesserungen kämpfen können! Und: Eine „GEW-L-EGO“ als zweiter Tarifvertrag für Lehrkräfte neben dem TV EntgO-L vom dbb ist nicht durchsetzbar. Zum anderen wollten wir nicht riskieren, dass Lehrkräfte von einer Stufe 6 ausgenommen würden, wenn es überhaupt eine gegeben hätte. Die Stufe 6 hatte für uns in dieser Tarifrunde eine hohe Bedeutung, sind doch vorrangig Beschäftigte im



Demonstration durch die Innenstadt: An der Weide

Organisationsbereich der GEW (Schule und Hochschulen) hiervon betroffen und stellt die Stufe 6 doch gerade für langjährig Beschäftigte eine deutliche und zusätzliche Lohnsteigerung und Abstandsminde rung zur Besoldung dar. Für alle „jüngeren“ bietet sie gleichwohl eine Perspektive. Ausschlaggebend war aber, dass die Ablehnung des TV EntgO-L vor zwei Jahren und die anschließenden Streiks und Proteste den Druck auf die Arbeitgeber hoch gehalten und damit maßgeblich dazu beigetragen haben, dass wir die Stufe 6 nunmehr durchgesetzt haben.

**Zeitgleiche Übertragung auf die Beamt\*innen!** Jetzt muss es zeitnah Gespräche zur Übernahme dieser Ergebnisse auf die **Beamt\*innen** geben. Zahlreiche Bundesländer haben dies bereits signalisiert. Dieser Tarifabschluss ist in seiner Gesamtheit maßvoll und gibt keinerlei Hinweise darauf, die Beamt\*innen des Landes davon



Demonstration durch die Innenstadt: An der Weide

## // GEW PROJEKT //

### Gute Bildung für Geflüchtete

Im Namen des Projekts ist eine der derzeit wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Debatten benannt. Denn während die Integration von Flüchtlingen und Migrant\*innen als politisches Ziel ausgegeben wird - und Bildung hier als zentraler Faktor verstanden wird, werden Schulen mit der Bewältigung dieser Aufgabe alleine gelassen. Die Folgen sind katastrophale Lehr- und desolate Lernbedingungen.

Im Projekt soll zunächst eine Problemanalyse vorgenommen werden; wichtige Themen sind u.a. die Sprachbildung, die Integration in Regelklassen und die Vorbereitung auf den Übergang in das Berufsleben. Mit dem Projektaufakt im November 2016 wurde in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat Bremen eine erste Analyse vorgenommen. Die Veranstaltung verstärkte das Bild, das sich auch bei der **PV der Vorkurslehrkräfte** eingestellt hatte:

abzukoppeln. Eine Übertragung der Lohnerhöhungen - jeweils zeitgleich - wäre ein klares Signal an die verbeamteten Lehrkräfte, sich auf der Ebene der Bildungspolitik nicht auf Nebenschauplätzen abzukämpfen. Bremen steht vor großen personellen Aufgaben im Bildungsbereich, gerade angesichts des Lehrkräftemangels. Auch in Besoldungsfragen darf Bremen nicht hinter den anderen Ländern zurück stehen, eine Verschiebung wie in den vergangenen Jahren ist nicht hinnehmbar. Durch eine zeitgleiche Übernahme wird der Spielraum für viele notwendige Entscheidungen gerade auch im Bereich Bremer Schulen nicht wesentlich eingegrenzt. Der moderate Tarifabschluss bietet zudem die Chance, eine zentrale Gerechtigkeitslücke zu schließen: **A13/E13 endlich für alle Lehrkräfte in Primar- und Oberschulen!** Die Herrschenden im Haus des Reichs, im Rathaus und in der Bürgerschaft sollten diese Chance nutzen.



Schule bestreikt: ABS Steffensweg

Die Liste der Schwierigkeiten ist endlos – Lehrende in den Vor- und Willkommensklassen haben nicht nur mit steigenden Gruppengrößen, fehlenden Unterrichtsmaterialien und Lehrkonzepten zu kämpfen - häufig sind die Klassen auch sehr heterogen, so dass Analphabet\*innen zusammen mit Schüler\*innen in Vorbereitung auf die erweiterte Berufsbildungsreife unterrichtet werden. Zur Zeit führen wir Fachgespräche mit Lehrkräften, die an Primar-, Ober- und Berufsschulen geflüchtete Kinder und Jugendliche unterrichten um spezifische Bedarfe der einzelnen Schulstufen zu erfassen und den Lehrer\*innen die Möglichkeit zu bieten, konkrete Ideen und Forderungen zu formulieren.

Ziel des Projektes ist die Entwicklung eines Aktionsprogramms mit Forderungen an die politischen Verantwortlichen.

Mehr Infos unter:  
[www.gew-hb.de/projekt-gute-bildung-fuer-gefluechtete](http://www.gew-hb.de/projekt-gute-bildung-fuer-gefluechtete)

## // BREMISCHER GEWERKSCHAFTSTAG //

### Mitglieder haben die Wahl! Der Bremische Gewerkschaftstag wird neu gewählt

Sie lenken die Geschicke der größten Interessenorganisation im Bremischen Bildungswesen, analysieren und diskutieren die Lage, bestimmen die politischen Ziele und Aufgaben, setzen die finanziellen Schwerpunkte und wählen unter anderem die Landesvorstandssprecher. Wer so weitreichende Entscheidungen trifft, muss in der GEW Bremen von den Mitgliedern selbst gewählt sein. In diesem Jahr ist es wieder so weit, alle Mitglieder sind aufgefordert die insgesamt knapp einhundert Vertreterinnen und Vertreter in den Bremischen Gewerkschaftstag zu wählen. Bis zum 31. März können sie sich auch selbst zur Wahl stellen oder andere zur Wahl vorschlagen.

Damit alle Bildungsbereiche im Gewerkschaftstag vertreten sind, legt die Satzung eine Wahl in getrennten Wahlbereichen und auch Quoten fest. So steht z.B. bereits jetzt fest, dass mindestens drei Kolleginnen und mindestens ein Kollege aus den Bremer Grundschulen dem Gewerkschaftstag angehören werden. Auch die Schulsozialarbeiter\*innen, pädagogischen Mitarbeiter\*innen und Fachkräfte für Inklusion an Bremer Schulen wählen diesmal in einem eigenen Wahlbereich und werden mit werden mit fünf Frauen und einem Mann im Gewerkschaftstag vertreten sein – wenn es denn genug Kandidat\*innen gibt. Wer kandidiert, aber nicht gewählt wird, hat noch

## // ARBEITSZEIT //

### GEW fordert Senkung der Unterrichtsverpflichtung!

#### Konsolidierungsleistungen erbracht - Mehrarbeitspyramide abbauen!

Im Jahre 1997 erhöhte die damalige Landesregierung die Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte pauschal um zwei Stunden. Seitdem sind 20 Jahre vergangen, in denen die Arbeitsbelastung vielfältig gestiegen ist. Allein in diesem Zeitraum unterrichteten die Lehrer\*innen in Bremen und Bremerhaven damit fast 10 Millionen Stunden „on top“. Damit hätten die Beschäftigten an Bremer Schulen ihre Konsolidierungsleistung erbracht.

die Chance, innerhalb der vierjährigen Amtszeit in den Gewerkschaftstag nachzurücken, wenn die Vertreter\*innen mit mehr Stimmen verhindert sind oder ganz ausfallen.

Anfang März haben die GEW-Mitglieder ein Wahlauschreiben erhalten und damit erfahren, welchem Wahlbereich sie zugeordnet sind. Diese Zuordnung lässt sich bis zum 24. April mit einer Nachricht an die Landesgeschäftsstelle korrigieren. Wer noch keine GEW-Kollegin / kein GEW-Kollege ist, muss bis zum 15. April eintreten, um noch mitentscheiden zu können, wer eine Bereich oder Betrieb im höchsten Gremium des GEW-Landesverbandes vertritt.

Anfang Mai werden dann die Briefwahlunterlagen an alle Mitglieder verschickt. Die Briefwahl funktioniert dann ähnlich wie bei Wahlen zur Bürgerschaft oder zum Bundestag. Kandidat\*innen auf dem Stimmzettel ankreuzen, diesen in den Wahlbriefumschlag legen, diesen mit der Erklärung, dass man selbst gewählt hat, in den Rückumschlag packen und ab zur Post oder direkt in der Geschäftsstelle oder bei einer Wahlversammlung abgeben. Bis zum 2. Juni um 14 Uhr müssen die Stimmzettel in der GEW eingegangen sein. Am 7. Juni wird in den Stadtverbänden ausgezählt und am Donnerstag, den 8. Juni, das Endergebnis verkündet. Der neue Bremische Gewerkschaftstag tritt am 22.-23. November das erste Mal zusammen, er tagt jährlich ein bis zwei Tage.

Aktuelle Informationen zur Wahl  
gibt es jeweils im Internet: [www.gew-hb](http://www.gew-hb)

„Die Mehrarbeitspyramide muss nun endlich wieder abgebaut werden“, forderten Bernd Winkelmann und Christian Gloede, Landesvorstandssprecher der GEW im Rahmen einer symbolischen Aktion in der Bildungsbehörde (s. Foto). Eine entsprechende Forderung wurde der Bildungsministerin übergeben.

Das Argument zur Arbeitzeiterhöhung bezog sich schon 1997 auf die „unumgängliche Haushaltssanierung“. Im Ergebnis dieser Beschlüsse führte ein „schlankerer“ Öffentlicher Dienst zu Mehrarbeit der Beschäftigten und Stellenkürzungen. Allein die o. g. Zahl von 10 Millionen Unterrichtsstunden hat einen Gegenwert von ca. 450 Stellen im Jahr, die folglich nicht geschaffen wurden.

